07 / 2013 www.SBL2013.de 01.03.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bin wieder an Bord! Die Platte und die neun Schrauben bin ich los – yippieh… nie mehr Piepsen am Flughafen ☺ Vielen Dank für eure zahlreichen Genesungswünsche. Das hat richtig gut getan!
Seit Mittwoch bin ich nun wieder in Berlin - und komme aus dem Kopfschütteln nicht mehr raus. Die schwarz-gelbe Regierung ist sich doch für nichts zu schade: Herr Seehofer ist ja landauf- landab als Herr „Drehhofer“ bereits bekannt, aber Frau Merkel und Philipp Rösler ziehen jetzt nach: ob beim Mindestlohn oder der Gleichstellung von Homosexuellen Paaren… überall vollziehen sie eine 180° Wendung, dass einem fast schwindelig wird. Wenn man sich die Inhalte dann aber genauer anguckt, stellt man fest, dass es doch nur eine Mogelpackung ist, wie beispielsweise beim Mindestlohn. Oder sie treten, kaum ist es verkündet, intern schon wieder auf die Bremse. So geschehen bei der Gleichstellung. Seriöse Politik geht anders. Es wird Zeit, dass am 22.9.2013 der Wechsel kommt! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Wohnen und Mieten müssen bezahlbar bleiben

Peer Steinbrück hat die steigenden Mieten und die drohende Verdrängung von Familien aus den Innenstädten zum Thema gemacht. Seitdem diskutiert Deutschland, was zu tun ist. Wohnen muss bezahlbar bleiben – das ist unsere Kernzeitdebatte in dieser Woche. Die Regierung Merkel und der zuständige Bundesbauminister Peter Ramsauer haben seit 2009 die Probleme ignoriert und die Situation von Mieterinnen und Mietern verschlechtert:
Trotz steigender Heizkosten hat die Regierung Merkel den erst 2008 eingeführten Heizkostenzuschuss beim Wohngeld 2010 wieder abgeschafft. Das geht zu Lasten von Rentnerinnen und Rentnern, Geringverdienern und Alleinerziehenden, die sich trotz eigenem Einkommen die Warmmiete für eine angemessene Wohnung nicht leisten können und deshalb Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Schwarz-Gelb hat die Städtebauförderung gekürzt. Gegenüber 2009 um 20 Prozent und beim Programm „Soziale Stadt“ sogar um über 50 Prozent. Schwarz-Gelb hat die Förderung für altersgerechten Umbau von Wohnungen gestrichen Unsere Politik ist klar: Gute und energiesparende Wohnungen dürfen nicht zum Luxusgut werden, sie müssen für alle erschwinglich sein. Wir werden deshalb den Anstieg der Mietpreise begrenzen und den Wohnungsbau, die energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen fördern. Wir wollen verhindern, dass die Menschen aufgrund steigender Mieten aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden.

- Der genossenschaftliche Wohnungsbau ist für uns ein Zukunftsmodell, das wir stärken, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Bauland darf nicht einfach an den Meistbietenden gehen. Der Bund muss bei seinen Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen, damit Investitionen für bezahlbare Wohnungen eine Chance haben.
- Wir werden die CO2-Sanierung wieder verlässlich fördern. Wir sichern eine Finanzierung von 2 Milliarden Euro.
- Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden. Wir wollen deshalb, dass der Vermieter bei Sanierungen maximal 9 Prozent der Kosten pro Jahr auf den Mieter umlegen darf.
- Wir werden den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und damit das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- Wir werden die Preisspirale am Mietmarkt stoppen, indem wir Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietungen begrenzen. Wir werden die Grenze für Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in 4 Jahren legen. Bei Neuvermietungen von bestehendem Wohnraum soll die Miete nicht um mehr als um 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen.
- Bei Maklern soll der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.
- Wir werden die Städtebauförderung mit 700 Millionen Euro verlässlich ausstatten und mit Blick auf die großen Zukunftsaufgaben sozialer Zusammenhalt und Integration, demografischer Wandel und altersgerechter Umbau sowie Klimaschutz und Klimaanpassung fortentwickeln.
- Wir werden ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ mit den Ländern, Kommunen, den Mieterverbänden und der Bau- und Wohnungswirtschaft schließen.

Umwelt I

Energiewende effizient und sozialverträglich gestalten!

Die Energiewende muss sozialverträglich, gerecht und transparent gestaltet werden. Mit unserer großen Anfrage „Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen“ erfragen wir von der

Bundesregierung den Ausbaustand der erneuerbaren Energien. Dabei geht es um die Entwicklung der EEG-Umlage.Auch die externen Kosten und die Umweltlasten der konventionell-fossilen Energienutzung werden thematisiert. Der Preisbildungsmechanismus an der Strombörse wird beleuchtet und mögliche Regulierungsmaßnahmen benannt. Die Förderung des Wärmesektors sowie der Netzausbau werden erwähnt. Zudem geht es um die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und ihre Finanzierung. Schließlich wird die Bundesregierung für die Notwendigkeit verbesserter Verbraucherinformation über die Kosten der Energiewende sensibilisiert.
Mit unserem Antrag „Die europäische Energieeffizienz-richtlinie wirkungsvoll ausgestalten“ fordern wir die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen über die EU-Energieeffizienzrichtlinie dafür einzusetzen, dass für öffentliche Gebäude nur wenige Ausnahmen gelten. Die Richtlinie soll auch für private und gewerbliche Wohnungsgesellschaften gelten. Mitgliedstaaten müssen mehr Raum für eigene Energieeffizienzanreizsysteme erhalten. Die Einführung von Energieeffizienzfonds auf nationaler Ebene ist verbindlich zu machen. Öffentliche Beschaffungen haben sich an der höchsten Effizienzklasse zu orientieren.
Wir fordern die Bundesregierung auf, eine belastbare Preiskalkulation und Berechnung für die in Zukunft zu erwartenden Erlöse aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) vorzulegen. Außerdem soll sich die Bundesregierung für die Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 30 Prozent CO2-Reduktion bis 2020 einsetzen. Die Programmkürzungen im EKF müssen verhindert werden. Zudem soll ein Finanzierungskonzept für die Energiewende und den Klimaschutz vorgelegt werden. Programme und Maßnahmen im EKF sind wieder in die Einzelpläne des Bundeshaushalts zu überführen.

Umwelt II

Radioaktive Abfälle aus der Asse zurück holen

Die Schachtanlage Asse II ist vom Einsturz bedroht. Die dort gelagerten radioaktiven Abfälle müssen daher zurück geholt und die Anlage sicher stillgelegt werden. In unserem gemeinsamen Gesetzentwurf mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wird die beschleunigte Rückholung der Abfälle geregelt. Dafür wird das Verwaltungsverfahren flexibilisiert. Behördliche Ausnahmen von Strahlenschutzvorschriften werden ermöglicht, insofern der Strahlenschutz dabei gewährleistet ist. Zudem wird die Begleitung des Vorgehens durch die Öffentlichkeit ermöglicht.

Innen

Schluss mit der Hängepartei zum Verbot der NPD

Die SPD fordert den Verbotsantrag seit Jahren. Monatelang ist Merkel der Entscheidung ausgewichen, ob die Bundesregierung einen Verbotsantrag stellt. Gestern gab es nun Meldungen aus anonymen Quellen, das Kabinett solle einen solchen Antrag beschließen. Die Justizministerin wusste offenbar nichts davon. Sie dementierte. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses unwürdige Spiel mit Gerüchten und Dementis zu beenden und dem Deutschen Bundestag unmissverständlich zu erklären, ob sie ein Verbot der Neonazi-Partei will.

Bonbon

"Sie sind, Frau Bundeskanzlerin, eine Last-Minute-Kanzlerin. Sie haben eine Neigung zum Nicht-Handeln, Noch-Nicht-Handeln, Später-Handeln."

(Peer Steinbrück,SPD)

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gleichstellung von Homosexuellen

Wir stehen für ein modernes und offenes Land, in dem jeder Mensch gleiche Rechte genießt, niemand durch Gesetze diskriminiert wird und Gleichstellung mehr als nur ein schönes Wort ist. Wir wollen eine starke Demokratie, in der für Hass und Verachtung von Minderheiten kein Platz ist. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage des Adoptionsrechts gleichgeschlechtlicher Partner heißt es, die CDU wolle ihren bisherigen Kurs der Modernisierungsblockade aufgeben. In unserer Gesellschaft wird die volle Gleichstellung homosexueller Partnerschaften schon lange gewollt. Allerdings ist Merkels plötzlicher Schwenk – wie in vielen anderen Fragen auch – nicht glaubwürdig. Ihr geht es nicht um Gleichstellung, sie will eine ihr im Wahlkampf lästige Sache vom Tisch haben. Seit Jahren hat Merkel alle unsere Initiativen zur vollen Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare blockiert. Zuletzt haben wir die steuerliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit dem Jahressteuergesetz 2013 eingebracht. Noch am 17. Januar hat die CDU, CSU und FDP das in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Auch jetzt beginnen die Unionsspitzen schon wieder zurückzurudern. Die SPD-geführten Bundesländer werden schon am Freitag dieser Woche einen neuen Gesetzentwurf zur steuerlichen Gleichstellung im Bundesrat zur Abstimmung bringen. Er hat gute Chancen, mit rot-grüner Mehrheit beschlossen zu werden. Wir werden dieses Gesetz dann auch in den Bundestag einbringen. Die CDU bekommt also bald Gelegenheit zu zeigen, wie ernst ihr die Gleichstellungspolitik ist.

Arbeit & Soziales

Nix als Ankündigungen beim Mindestlohn

Ankündigen und Gerüchte streuen ist billig. Ein Ersatz für seriöse Politik ist es nicht. Wie oft haben wir schon gehört, Schwarz-Gelb wolle eine „Lohnuntergrenze“ einführen. Einen konkreten Regierungsvorschlag für einen gesetzlichen Mindestlohn hat das Parlament bis heute nicht gesehen. Auch hier werden wir den Druck erhöhen, damit wir sehen, ob aus leeren Worten im Bundestag endlich Taten werden. Mit der rot-grünen Mehrheit der Länder bringen wir im Bundesrat eine Initiative für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Weg, die wir anschließend auch im Bundestag zur Abstimmung stellen.

Termine

01.03.13	**19.00 Uhr**	**Fraktion vor Ort „Digitale Medien“ mit Lars Klingbeil, MdB, Bootshaus Neuwied**
02.03.13	***09.30 Uhr***	***Klausur SPD-Kreistagsfraktion***
	15.00 Uhr	**Schirmherrschaft Rollstuhlhockey-Meisterschaft, Weißenthurm**
03.03.13	**11.00 Uhr**	**Bürgerempfang SPD Neuwied, Blindenschule**
04.03.13	***15.00 Uhr***	***Verleihung Ehrenamt des Monats***
	16.30 Uhr	***Besuch Altenschutzbund Solidar***
	18.30 Uhr	***SPD-Kreisvorstand, Altenkirchen***
	20.30 Uhr	***AG Demografischer Wandel***
05.03.13	***12.00 Uhr***	***Besuch „gelbe Villa“ Kirchen***
	16.00 Uhr	**Seniorentreff, Bitzen**
06.03.13	***9.00 Uhr***	***Besuch Caritas Altenkirchen***
	11.00 Uhr	***Unternehmensbesuch WERIT***
	12.30 Uhr	***Weltladen Altenkirchen***
07.03.13	***16.00 Uhr***	***ZDF-Fernsehrat***
	20.00 Uhr	**Frauentag, Herdorf, Haus Schneider**
08.03.13	***9.00 Uhr***	***ZDF-Fernsehrat***
	16.30 Uhr	***Betriebsrätekonferenz, Alsdorf***
	20.00 Uhr	**SPD Kultur, Konrad Beikircher, Bad Hönningen**

ACHTUNG: ***Kursivgedruckte Termine*** sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.